

## Aus dem Stadtrat.

Das Lehrgelohngesetz. — Das Wilhelminenbad.

Der Stadtrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung nach einem Referat Dellmann das Lehrgelohngesetz für Wien, das die für die Angestellten der Gemeinde im April beschlossenen Bezüge für Lehrer in die übliche Gesetzesform bringt. Es wird voraussichtlich morgen im Landtag erledigt werden und am Donnerstag im Gemeinderat zur Kenntnis genommen werden. Diese Reihenfolge wurde nur im Einvernehmen aller Parteien ausnahmsweise zugelassen, um die — freilich übersüßigerweise — besorgte Lehrerschaft rasch zu beruhigen und weil der Gemeinderat diesmal ja nur einen formellen Beschluß zu fassen hat, da der Inhalt des Gesetzes von ihm ja schon im April beschlossen wurde und nach diesem seinem Beschluß den Lehrern auch schon seit Mai Vorstüsse auf die neuen Bezüge ausbezahlt werden.

Siegel berichtete über die Wiederinstandsetzung wenigstens eines Teiles des Wilhelminenbades in Dotalring. Das Bad ist im Jahre 1913 erbaut worden, der Besitzer desselben geriet in Zahlungsschwierigkeiten und hat das Bad vor einiger Zeit einer Zigarettenpapierfabrik um 750.000 Kronen verkauft. Die Unternehmung hat es ohne jede behördliche Bewilligung in einen Fabrikbetrieb umgewandelt und es ist nur noch das Schwimmbad als solches übrig geblieben. Um dieses zu erhalten, hat sich die Gemeinde bereit erklärt, es zu pachten. Die Pachtbedingungen seien jedoch solche, daß sie der Referent als unerhört bezeichnen möchte. Er beantragt deshalb die Einsetzung eines stadträtlichen Comité's, bestehend aus fünf Stadträten, das sich mit dieser Angelegenheit weiter zu beschäftigen hätte. Bizebürgermeister Winter bemerkte, daß es sich hier um 190.000 Einwohner handle, die Interesse an diesem Bade haben, weil außer einem zweiten Bade im Bezirk kein Schwimmbad bestehe. Man könne es deshalb geradezu ein Verbrechen nennen, wenn man dieses Bad der Bevölkerung entziehen wolle. Die kapitalistischen Interessen, die in dieser Angelegenheit mitspielen, gehen die Gemeinde nichts an; im Gegenteil, es müsse einmal gezeigt werden, daß der Kapitalismus mit der Gesundheit der Bevölkerung nicht mehr so weiter wirtschaften könne wie bisher. Baumgartner bezeichnete den Vorgang als eine arge Übertretung der Bauvorschriften und er glaubt, daß der Stadtrat berechtigt ist, den Besitzer dazu zu verhalten, daß er das Bad wieder in seinen ursprünglichen Zustand herstelle. Siegel stimmte diesen Ausführungen zu und beantragte, daß dem Comité die Anregung des Stadtrates Baumgartner als richtunggebende Grundlage der weiteren Beratungen gegeben werde. Der Antrag des Referenten wurde einstimmig angenommen. In das Comité wurden die Stadträte David, Siegel, Dr. Scheu, Sibir und Dr. Rieböck ernannt.